



# AUF DEM WEG ZU EINER NEUEN EUROPÄISCHEN CHARTA DER STADTENTWICKLUNG





**Auch nach 20 Jahren ist die „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ noch hoch aktuell. Sie mit Blick auf aktuelle Trends und Herausforderungen zur Urban Agenda der EU weiterzuentwickeln, trägt der Bedeutung des „Jahrhunderts der Städte“ Rechnung.**

---

**Dr. Markus Eltges**

Abteilungsleiter  
Raumordnung und Städtebau  
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung  
(BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und  
Raumordnung (BBR)  
markus.eltges@bbr.bund.de

**Dr. Oliver Weigel**

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz  
Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)  
Referatsleiter Grundsatzangelegenheiten  
der Stadtentwicklung, BBSR  
oliver.weigel@bmub.bund.de

# Ein gemeinsames Verständnis von Stadtentwicklung in Europa als politische Grundlage

Mit der Verabschiedung der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ durch die in ihren Staaten für die Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister fand im Mai 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft der Europäischen Union der Perspektivwechsel auf die Fragen städtischer Entwicklung in der Europäischen Union seinen politischen Höhepunkt.

Nach der Veröffentlichung des Grünbuches „Städtische Umwelt“ im Jahre 1990 lag das Thema „EU und Stadtpolitik“ zunächst sieben Jahre lang im „Dornröschenschlaf“. Im Jahre 1997 „küsste“ die EU-Kommission mit der Mitteilung „Wege zur Stadtentwicklung in der Europäischen Union“ das Thema wieder wach und konkretisierte ihre Positionen zur europäischen Stadtentwicklung im Oktober 1998 mit ihrer Mitteilung „Nachhaltige Stadtentwicklung in der Europäischen Union: Ein Aktionsrahmen“. In ihr wurden vier Ziele genannt:

- Stärkung des wirtschaftlichen Wohlstands und der Beschäftigung in den Städten
- Förderung von Gleichheit, sozialer Eingliederung und Erneuerung in städtischen Gebieten
- Schutz und Verbesserung der städtischen Umwelt im Hinblick auf lokale und globale Nachhaltigkeit
- Beitrag zur good governance einschließlich der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

24 Aktionen sollten dieses Zielsystem unterstützen. Hauptanliegen der Europäischen Kommission war die Entwicklung integrierter Stadtentwicklungskonzepte zu fördern. Über die europäischen Strukturfonds wurde diese Politik stets finanziell unterstützt.

Begleitet wurden die politischen Aktionen der EU-Kommission durch mitgliedstaatliche Beschlüsse, was von besonderer Bedeutung war, da die Stadtentwicklung ein mitgliedstaatlich getragenes Politikfeld ist. Im November 2000 haben die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Zusammenarbeit bei städtischen Fragen ein mehrjähriges Arbeitsprogramm unter französischer Präsidentschaft in Lille beschlossen. Der Urban Acquis von Rotterdam 2004 und der Bristol Accord 2005 gaben diesem Arbeitsprogramm weitere inhaltliche Leitplanken und unterstützten die vier Ziele des Aktionsrahmens der EU oder betonten bestimmte Akzente aus diesem Zielkanon besonders.

Vier Aspekte sind im Rückblick auf dieses „goldene Zeitalter“ der europäischen Stadtentwicklungspolitik besonders herauszuheben:

- Trotz der verschiedenen historischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Hintergründe der europäischen Städte hatten sich die zuständigen Ministerinnen und Minister der EU-Mitgliedstaaten auf gemeinsame Grundsätze und Strategien für die Stadtentwicklungspolitik geeinigt. Zu diesen Grundsätzen gehörte, dass Stadtentwicklungspolitik auch eine nationale, nicht nur kommunale Aufgabe ist.
- Politisch ging es stets darum, den Bürgerinnen und Bürgern nationale und europäische Entscheidungen näher zu bringen und durch eine europäische Zusammenarbeit einen Mehrwert für die Menschen vor Ort zu schaffen. Denn die Bevölkerung erlebt die Konsequenzen nationaler und Brüsseler Entscheidungen letztendlich in ihrer konkreten Lebensumwelt – sei es in der Nachbarschaft, in der Gesamtstadt oder in der Region.
- Die Forderung von Governance-Strukturen und Prozessen (mehrjährige Programmplanung, Ex-Ante-Evaluation, Monitoring und Ex-Post-Bewertung) als Grundlage für finanzielle Förderung hat eine integrierte Stadtentwicklungspolitik zumindest unterstützt. Seitens der europäischen Strukturpolitik war die Gemeinschaftsinitiative URBAN der Höhepunkt dieser „Stadtpolitik“. Die zu fördernden Städte oder Stadtviertel mussten ein Gebiet abgrenzen, in dem eine Krisensituation vorliegt oder eine wirtschaftliche und soziale Wiederbelebung erforderlich war. Mit diesem Programm wurde das ferne Brüssel in den Städten positiv erlebbar. „Brüssel hilft euch dort, wo ihr lebt“, war die Botschaft.
- Die EU-Institutionen und hier allen voran die EU-Kommission und die für die Stadtentwicklung zuständigen Ministerien in den EU-Mitgliedstaaten waren meist durch Persönlichkeiten geprägt, die den Mehrwert einer intensiven Zusammenarbeit erkannten, wollten und entsprechend handelten.

Auf all diesen Grundlagen konnte Deutschland aufbauen, als es sich in Vorbereitung seiner Ratspräsidentschaft 2007 ein Dokument erstellte, welches die Bedeutung einer „Politik für die Städte“ auf die europäische Agenda setzte. Von Beginn an waren die Mitgliedstaaten, die EU-Kommission, das EU-Parlament, der Ausschuss der Regionen, Nachbarstaaten und damalige Beitrittskandidaten, die OECD, die

Europäische Investitionsbank, die nationalen und europäischen Stakeholder für die Städte und Gemeinden sowie die Wissenschaft in die Begründung und Erarbeitung der Charta eingebunden. Auf mehreren Sitzungen und Fachveranstaltungen wurden die Inhalte vorgestellt, diskutiert und weiterentwickelt. Das Interesse an diesem Beteiligungsprozess war enorm.

## Botschaften der Leipzig Charta

Mit der Annahme der Leipzig Charta einigten sich die für Stadtentwicklungspolitik zuständigen Ministerinnen und Minister sowie Vertreterinnen und Vertreter der damaligen Beitrittsstaaten und der Nachbarstaaten darüber, zwei Prinzipien zur Grundlage ihrer politischen Arbeit für die Städte zu machen:

- Die Ansätze einer integrierten Stadtentwicklungspolitik sollten stärker genutzt werden und
- den im gesamtstädtischen Kontext benachteiligten Stadtquartieren sollte besondere Aufmerksamkeit gelten.

Um dies zu erreichen, hatten sich die Ministerinnen und Minister dazu verpflichtet,

- in den Mitgliedstaaten eine nationale Stadtentwicklungsstrategie und -politik zu entwickeln, um damit
- die Ziele, die Grundsätze und Strategien der Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt in nationale, regionale und lokale Entwicklungspolitiken zu integrieren;
- das Instrument der integrierten Stadtentwicklung voranzubringen, die Governance-Strukturen für deren Umsetzung zu unterstützen und die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene zu schaffen.

Die Verabschiedung der Leipzig Charta sollte eine breite und bewusste politische Sensibilität für städtische Fragen schaffen. Will Politik nahe bei den Menschen sein, muss sie die Auswirkungen der Politik auf die Menschen in den Städ-

ten im Blick haben, denn nirgends erleben die Menschen die Konsequenzen nationaler und Brüsseler Entscheidungen so konkret wie in ihrer direkten Lebensumwelt – sei es im Stadtteil, in der Gesamtstadt oder in ihrer Region.

Städte sind aber nicht nur der Lebensmittelpunkt der meisten Menschen in Europa. Städte sind unersetzbare Kulturgüter. Es gibt die europäische Stadt, die – bewusst oder meist unbewusst - eine der wichtigsten Säulen der europäischen Identität ist. Zu dieser europäischen Stadt gehören insbesondere die einzigartigen kulturellen und baulichen Qualitäten. Diese sind der „Fußabdruck“ in der Geschichte von Generationen – unser aller Geschichte.

Unsere Städte sind Wissenszentren und Quellen für Wachstum und Innovation. Unsere Städte sind Zentren der Integration. Städte sind aber auch Orte mit demografischen Problemen, sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen. Städte sind Orte, wo sich Umweltprobleme konzentrieren. Auf Dauer können Städte ihre Funktion als Träger gesellschaftlichen Fortschritts und wirtschaftlichen Wachstums nur wahrnehmen, wenn es gelingt,

- die soziale Balance innerhalb und zwischen den Städten aufrecht zu erhalten,
- ihre kulturelle Vielfalt zu stärken und
- eine hohe gestalterische, bauliche und Umweltqualität zu schaffen.



Diese Erkenntnisse griff die „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ offensiv auf und unterlegt die Charta mit eindeutigen politische Botschaften:

### „Europa braucht die Städte“

Der weit überwiegende Anteil der Einwohner Europas lebt in Städten unterschiedlichster Größe. Hier wird jene Wertschöpfung erwirtschaftet, die es öffentlichen Handlungsträgern erst erlaubt, den regionalen und sozialen Ausgleich zu finanzieren. Eine Politik, die die Lissabon- oder Göteborg-Strategie zusammenführen und umsetzen will, brauchte alle verfügbaren Potenziale und das grundlegende Verständnis, dass Stadtpolitik auch Gesellschaftspolitik ist. Dazu gehörte schon damals ganz entscheidend die städtische Dimension.

### „Gutes Regieren in der Stadt ist notwendig“

Stadtentwicklung ist nicht allein eine Aufgabe des öffentlichen Sektors. Partner für eine Stadtentwicklungspolitik der Zukunft sind zum einen die Zivilgesellschaft und zum anderen die Wirtschaft. Nur wenn die Stadtentwicklungspolitik diese Gruppen aktiv einbezieht, erfüllt sie ihren Anspruch, die Demokratie vor Ort zu stärken. Gleichzeitig vergrößert eine frühzeitige Integration von Wirtschaft und Gesellschaft die Planungs- und Investitionssicherheit von stadtrelevanten Maßnahmen und Projekten. In der Leipzig Charta weisen die Ministerinnen und Minister unter anderem darauf

hin, dass eine integrierte Stadtentwicklungspolitik und deren Umsetzung durch integrierte Stadtentwicklungsprogramme auch ein Instrument zur Stärkung der lokalen Demokratie ist. Deswegen empfehlen sie, die Strategie der integrierten Stadtentwicklung zu verfolgen und gleichzeitig die stadregionale Partnerschaft auf der Basis eines fairen Interessenausgleichs zu stärken. Gleichzeitig beschreiben sie, was sie unter einer integrierten Stadtentwicklung verstehen.

### „Wir müssen die Attraktivität der Städte fördern“

Unsere Innenstädte brauchen kräftige Investitionsimpulse. Lebendige Innenstädte und die Europäische Stadt sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir brauchen gleichermaßen öffentliche wie private Investitionen. Nur wenn es gelingt, diese öffentlichen und privaten Aktivitäten aufeinander abzustimmen, werden diese Investitionen dauerhaft wirken. Vor diesem Hintergrund sprachen sich die in den Mitgliedstaaten für die Stadtplanung zuständigen Ministerinnen und Minister nachdrücklich für eine Stärkung von Innenstädten aus.

### „Wir müssen alle Bürgerinnen und Bürger mitnehmen“

Europa ist eine Wertegemeinschaft. Dieser Anspruch ist glaubhaft umzusetzen, damit der europäische Integrationsgedanke auf breite gesellschaftliche Akzeptanz stößt. In Städten stellt sich die soziale Frage besonders deutlich.

Mittelalter und Moderne: Bauliche Qualitäten der europäischen Stadt als kollektives Erbe der Identität. Prinzipalmarkt Münster und Kubushäuser von Piet Blom in Rotterdam



Foto: Presseamt Münster/Münster View



Foto: Friederike Vogel

Es darf in Europa keine „no go areas“ geben. Die Bekämpfung sozialer Benachteiligung in Städten muss ein integraler Bestandteil eben dieser europäischen Wertegemeinschaft sein. Denn die Existenz benachteiligter Stadtbezirke gefährdet die Attraktivität, die Wettbewerbsfähigkeit, die sozialen Integrationskräfte und die Sicherheit in Städten. Die Leipzig Charta unterstrich deshalb: Nur eine Stadt, die als Ganzes sozial stabil ist, kann ihre Wachstumschancen für sich und damit für Volkswirtschaft entfalten. Die Leipzig Charta setzte auf die soziale und kulturelle Integration benachteiligter Stadtteile in die Stadtgesellschaft.

#### „Eine Stadt muss schön sein“

Gerade unter dem Aspekt des zunehmenden Standortwettbewerbs zwischen Städten werden bau- und landschaftskulturelle Aspekte der Stadtentwicklung immer wichtiger. Baukultur ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit. Baukultur

sichert und verstärkt urbane Qualitäten. Baukultur erhöht die Bindung der Menschen und der Wirtschaft an ihre Stadt. Baukultur ermöglicht das zivilgesellschaftliche Engagement. Baukultur gibt Impulse für Wachstum. In Zeiten, in denen es überall alles gibt, müssen bauliche und landschaftliche Qualitäten als strukturpolitische Instrumente begriffen werden. Die Städte und der Staat müssen hier ihren Einfluss geltend machen.

#### „Klimaschutz ist auch eine Aufgabe der Stadtplanung“

Der Klimaschutz stellt eine besondere Herausforderung für die Städte dar. Städte sind Zentren des Energieverbrauchs. Fast drei Viertel des Weltenergieverbrauchs entfällt auf die Städte. Die Notwendigkeit Klimaschutz und Stadtplanung zusammenzudenken, standen somit ganz oben auf der städtischen Agenda der Leipzig Charta.

## Leipzig Charta – wo stehen wir?

2008 forderte das Europäische Parlament die Mitgliedstaaten auf, „zügig Maßnahmen ... zur Umsetzung der Leipzig-Charta zu ergreifen“. Gleichzeitig bedauerte das Parlament, „dass der Rat noch kein Aktionsprogramm zur Umsetzung der Ziele der Leipzig-Charta verabschiedet hat“, und forderte die kommenden Ratsvorsitze auf, „dies nachzuholen und damit ein systematisches Follow-up der Leipzig-Charta zu gewährleisten“. Das Fehlen eines systematischen Follow-ups offenbarte schnell die strukturellen Schwächen einer europäischen Stadtentwicklungspolitik. Die Leipzig Charta war zwar ein politisches aber kein verbindliches Dokument.

Dennoch: Zehn Jahre nach der Verabschiedung der Leipzig Charta haben die Botschaften dieser Charta nichts an Aktualität und Relevanz verloren. Gleichwohl sind auch neue Dimensionen einer modernen Stadtentwicklungspolitik zu beachten. Bereits 2012 wurden diese im Memorandum „STÄDTISCHE ENERGIE – Zukunftsaufgaben der Städte“ in Berlin thematisiert. Vier große Aufgabenfelder wurden hier identifiziert und konkretisiert:

- behutsamer ökologischer Umbau von Gebäuden und Quartieren,
- technologische Erneuerung der stadttechnischen Infrastrukturen,
- Entwicklung einer neuen Mobilität und
- gesellschaftliche Integration.

Vor allem der im Mai 2016 von den für die Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Ministern verabschiedete Pakt von Amsterdam greift diese Aufgabenfelder auf und legt Themen fest, die in den kommenden Jahren im Rahmen einer Urban Agenda der EU bearbeitet werden sollen: Arbeit und Bildung in der lokalen Wirtschaft, digitaler Übergang, innovative Beschaffung, städtische Mobilität, Integration von Migranten und Flüchtlingen, städtische Armut, Wohnen, nachhaltige Flächennutzung, Kreislaufwirtschaft, Klimaanpassung, Energiewende und Luftreinhaltung.

Vor allem die Digitalisierung durchdringt immer mehr Politikbereiche der Stadt- und Raumentwicklung und bestimmt zunehmend das Denken und Handeln aller Akteure. Sie prägt und bestimmt die Arbeitswelt und hat das Private schon längst erreicht. Die Digitalisierung hat das Potenzial, alle Strukturen in Stadt und Raum umfassend im positiven wie auch im negativen Sinne zu beeinflussen und zu einer bestimmenden Größe zu werden. Digitalisierung ist ein Evolutionsschritt und kein singulärer Trend. Begriffe wie „Smart City“, „Smart Regions“ oder Industrie 4.0, Arbeiten 4.0, Bildung 4.0, oder Open Data machen diese sich abzeichnende Dominanz deutlich. Im Kern geht es darum, bestehende oder neue Prozesse zu digitalisieren und zu vernetzen, um damit Mehrwerte zu schaffen. Hierbei können die Ziele von Effizienz oder Suffizienz oder gänzlich neue Marktprodukte oder Prozesse im Vordergrund stehen. Es ist zu erwarten,

dass auf den Arbeitsmärkten eine massive Kompetenzwertung stattfindet. Die soziale Frage kann in der Stadt dramatische zusätzliche Brisanz erhalten. In wie weit und wie schnell neue Jobs wo entstehen, ist kaum vorhersehbar. Die Verantwortlichen für die Städte benötigen Hilfestellungen bei der Strukturierung und Filterung dieser Entwicklungen, um diesen Evolutionsschritt für ihre Stadt produktiv zu nutzen. Denn durch Digitalisierung können beachtliche Stadtumbaupotenziale entstehen, die Struktur der Flächen- und Immobiliennachfrage kann sich völlig verändern, im Mobilitätsbereich können neue Systeme entstehen, die dem Stadtraum neue Möglichkeiten geben können. Nicht zuletzt sind Einflüsse auf Politik, Verwaltung und die allgemeine Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand zu erwarten und verlangen nach politischen Strategien und Antworten.

Ferner müssen neue Zusammenhänge und Trends beachtet werden:

- Auf der politischen Ebene werden den europäischen Institutionen nicht mehr selbstverständlich jene sozialen und wirtschaftlichen Integrationskräfte zugesprochen, wie dies vor zehn Jahren der Fall war. Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und 2009 hat soziale und wirtschaftliche Konsequenzen einer Währungsunion mehr als deutlich – und auch – räumlich zu Tage treten lassen. Das wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle innerhalb der EU ist gravierend. Mit der seit 2014 starken Zuwanderung insbesondere von Kriegsflüchtlingen wurde ein West-Ost-Gefälle bei der gesellschaftlichen Akzeptanz von Zuwanderung sichtbar. Nicht wenige fragen sich, ob die Wertegemeinschaft, von der 2007 immer wieder gesprochen wurde, wirklich innerhalb der EU existiert.
- Auf der sozialen Ebene sind immer mehr Menschen Verlierer einer ökonomischen Entwicklung oder fühlen sich durch diese bedroht. Treiber dieser Angst sind die gefürchteten Folgen einer ungehemmten Globalisierung, die zum Arbeitsplatzverlust und damit zum sozialen Statusverlust führen (können). Zudem führen die Diskussionen um die Stabilität und Finanzierungsbasis der sozialen Sicherungssysteme – selbst in wohlhabenden Staaten wie Deutschland – zu einer Angst um ein aus-

kömmliches Leben im Alter. Kurzum: Die Schutzmacht „Sozialstaat“ hat für viele Menschen an Stärke verloren. Man fühlt sich im Stich gelassen.

- Auf der regionalen Ebene rückt durch eine neue Attraktivität der Städte und hier insbesondere der großen Städte und Universitätsstädte wieder stärker der Stadt-Land-Gegensatz in den Vordergrund wirtschaftlicher und sozialer Perspektiven. Insbesondere der demografische Wandel hat Europa fest im Griff und führt bei sinkenden Bevölkerungszahlen zu einem Wettbewerb um Fachkräfte, den scheinbar vor allem die größeren Städte gewinnen. Innerhalb der größeren Städte geht es in erster Linie um das bezahlbare Wohnen in der Stadt und um die baukulturelle Qualität neuer Stadtquartiere und deren Einbindung ins städtische Gesamtfüge. Mit Blick auf den ländlichen Raum geht es um die Strategien zur Sicherung der Klein- und Mittelzentren als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge aber auch als Quelle ökonomischer Stabilität und Prosperität.
- Die Verbindlichkeit zu einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik hat durch verbindliche internationale Abkommen zugenommen. Mit dem Pariser Klima-Abkommen von Ende 2015 und den von der UN beschlossenen 17 Nachhaltigkeitszielen wurden Ziele definiert, die in den Städten und von den Verantwortlichen in den Städten umgesetzt werden müssen oder einen Beitrag von ihnen abverlangen. Umweltfreundliche, attraktive und bezahlbare Mobilität, Nutzungsmischung sowie ein CO<sub>2</sub>-neutraler Gebäudebestand sind hier Kernforderungen. Die in Quito im Oktober 2016 beratene New Urban Agenda stellt eine weitere politische Leitplanke der Stadtentwicklung dar. Die New Urban Agenda stellt die globale Bedeutung der Städte für die Einhaltung der planetaren Grenzen heraus und formuliert als Ziel die lebenswerte, wirtschaftlich starke, umweltgerechte, widerstandsfähige und sozial inklusive Stadt. Der im Mai 2016 von den für die Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Ministern verabschiedete Pakt von Amsterdam bricht viele Themen bereits auf die europäische Ebene herunter.

## Ausblick – Leipzig Charta 2.0

Es gibt also gute Gründe, die Leipzig Charta, die nichts von ihrer gesellschaftlichen Relevanz verloren hat, weiterzuentwickeln, auf ihren Erfolgen aufzubauen und gleichzeitig an den neuen Herausforderungen und Trends der Stadtentwicklung auszurichten und Instrumente zur Umsetzung zu stärken. Der Schwung aus dem Prozess und dem Ergebnis der UN New Urban Agenda und des Paktes von Amsterdam muss genutzt werden, einen Prozess der Weiterentwicklung der Leipzig Charta einzuleiten und im Jahre 2020 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft mit einer „Leipzig Charta 2.0“ abzuschließen.

Die Konsequenzen einer stetig zunehmenden Digitalisierung sowie neue Trends müssen aufgegriffen werden und mit einer urbanen europäischen Antwort versehen werden, die die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und Entwicklungspfade europäischer Städte je nach Lage im Raum berücksichtigen.

Diese Arbeiten sind zügig anzugehen, um auch bei der Fortschreibung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds nach 2020 dem Jahrhundert der Städte durch eine starke städtische Dimension der Strukturpolitik Rechnung zu tragen. Daher ist insbesondere im Rahmen der Struktur- und Investitionsfonds nach 2020 die Neuaufnahme der Gemeinschaftsinitiative URBAN politisch zu diskutieren. Mit

der Reform der Strukturfonds 2007 wurde diese Sichtbarkeit Europas zugunsten einer stärkeren Rolle der Mitgliedstaaten im Rahmen des sogenannten Mainstreamings aufgegeben. Nach zehn Jahren muss diese Entscheidung überprüft werden.

Aus den Defiziten der Vergangenheit muss gelernt werden. Zum einen muss von Beginn an das follow-up zum Beispiel über einen Monitoringprozess und die systematische Gewinnung und Verbreitung guter Praxisbeispiele mitbedacht und verbindlich verabredet werden. Zum anderen muss es gelingen, eine Leipzig Charta 2.0 so zu beschließen, dass die formellen europäischen Räte sich zu diesem Dokument bekennen und entsprechend handeln. Dies verlangt von der „Leipzig Charta 2.0“, die Verbindung zu den formellen Instrumenten der EU und nach Möglichkeit der Mitgliedstaaten deutlich herzustellen.

Nur so kann es gelingen, den Mehrwert einer „Leipzig Charta 2.0“ und deren Umsetzung durch die EU und der Mitgliedstaaten von Europa für die Bürgerinnen und Bürger durch eine aktive und soziale Stadtentwicklungspolitik stärker fühlbar zu machen.

Das Ziel ist hoch gesteckt. Der Zusammenhalt Europas ist es ohne Wenn und Aber wert.